

BDI-Info-Service

Ausgabe 5 | 9. März 2009

Binnenmarkt erhalten, Protektionismus verhindern

Bei den 24. Brüsseler Wirtschaftsgesprächen appellierte BDI-Präsident Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel an die EU-Institutionen, Europa wettbewerbsfähig zu halten: »Wenn wir wollen, dass Europa wieder die Faszination entfaltet, die es für Generationen hatte, geht das nicht durch mehr Regulierung. Die Idee der politischen und wirtschaftlichen Freiheit muss wieder in den Mittelpunkt rücken.«



BDI-Präsident Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel; Foto: BDI/Alexander Louvet

BDI-Präsident Keitel unterstrich, die Europäische Union spiele bei der Bewältigung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise eine zentrale Rolle. Angesichts der weltweit vernetzten Finanzstrukturen helfe eine eurozentrische oder gar nationale Sicht nicht weiter. Deshalb bedürfe es – wo immer möglich – einer Koordinierung der Maßnahmen auf globaler Ebene. Der BDI unterstütze die EU in ihren Bemühungen, in enger Abstimmung mit ihren internationalen Partnern die Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Finanzmarktstabilität zu schaffen.

Der BDI-Präsident begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die von der Expertengruppe um Jacques de Larosière vorgelegten Empfehlungen für eine Anpassung der Finanzmarktordnung und eine effektive Finanzmarktaufsicht. Dringender Handlungsbedarf bestehe bei den Eigenkapitalanforderungen nach Basel II. Außerdem seien höhere Qualitätsstandards für Rating-Agenturen notwendig. Der BDI erwartet, dass die EU im Vorfeld des G20-Gipfels am 2. April in London ein breites Einvernehmen über die wichtigsten Stellschrauben zur nachhaltigen Stabilisierung unseres globalen Finanzsystems erzielt.

Keitel warnte eindringlich vor einer Beschädigung des Binnenmarktes: »Aber trotz der Krise gilt, dass wir die großen Errungenschaften der EU, wie den Binnenmarkt, das Bekenntnis zum Freihandel, das EU-Wettbewerbs- und Kartellrecht, das europäische Vergaberecht oder den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht leichtfertig über Bord werfen dürfen.« Keitel würdigte die Arbeit der amtierenden Kommission unter Kommissionspräsident Barroso. Ein Erfolg sei aus Sicht der Industrie zum Beispiel die »Initiative zur Besseren Rechtsetzung«, die der Kommissionspräsident gemeinsam mit dem deutschen Vizepräsidenten der Kommission, Günter Verheugen, verantwortet.

Leider seien von der Kommission in den letzten Monaten Gesetzgebungsvorschläge vorgelegt worden, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht ausreichend berücksichtigt hätten. Dazu zählten die Novellierung der EU-Emissionshandelsrichtlinie, die Vorschläge zur eigentumsrechtlichen Entflechtung im Energie-Binnenmarkt oder die jüngste Antidiskriminierungsrichtlinie. »Wir wünschen uns, dass die Kommission in der kommenden Wahlperiode bei ihren Gesetzgebungsvorschlägen von vornherein die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa stärker berücksichtigt.« Keitel formulierte in seiner Rede europapolitische Kernforderungen des BDI an die EU für die kommende Wahlperiode und sprach die Themen Klimaschutz, Energie, Sammelklagen und Informationstechnologie an.

Keitel schloss mit einem Appell an die EU-Institutionen: »Nur eine wettbewerbsfähige und marktwirtschaftliche Industrie kann Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen. Dann gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass Europa nach der Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise zur bekannten Leistungskraft in Europa zurückfinden wird.«

Thomas Stammen
t.stammen@bdi.eu

Chinesische Einkaufsdelegation in Deutschland

Anlässlich des Besuches einer vom chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao Ende Januar angekündigten Einkaufsdelegation, organisierte der Asien-Pazifik-Ausschuss (APA) im Haus der Deutschen Wirtschaft am 25. Februar ein Deutsch-Chinesisches Wirtschaftsforum. Dr. Jürgen Heraeus, Vorsitzender des Arbeitskreises China des APA und Vorsitzender des Wirtschaftsforums, bewertete die Einkaufsdelegation als starkes Signal der chinesischen Seite, in Zeiten der Wirtschaftskrise die Partnerschaft mit Europa auszubauen. Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg und der chinesische Handelsminister Chen Deming eröffneten das Plenum am Nachmittag und versicherten, dass beide Länder ihre Märkte offen halten und im Zusammenhang mit nationalen Konjunkturprogrammen keine protektionistischen Maßnahmen ergreifen werden. In Anwesenheit beider Minister sowie Dr. Heraeus und BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf wurden 37 Verträge und Absichtserklärungen zwischen deutschen und chinesischen Unternehmen im Wert von mehreren Milliarden Euro unterzeichnet. Deutschland war durch die erfolgreiche Kontaktbörse und dem hohen Vertragsvolumen die mit Abstand wichtigste Station der Europa-Tour der chinesischen Einkaufsdelegation.



BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf, Bundesminister zu Guttenberg, Handelsminister Chen Deming sowie Jürgen Heraeus, Vorsitzender des Arbeitskreises China des APA (v.l.n.r.); Foto: BDI/Kruppa

In enger Zusammenarbeit mit den BDI-Mitgliedsverbänden, insbesondere dem VDMA, konnte eine starke und für die Firmen sehr lohnende Präsenz aus dem Mittelstand mit Schwerpunkt im Maschinen- und Anlagenbau erreicht werden. Am Vormittag wurden Einzelgespräche für die Unternehmensvertreter organisiert. Aufgeteilt in fünf sog. Branchencluster wurden vorab Termine vereinbart bzw. ad hoc Einzelgespräche zwischen deutschen und chinesischen Teilnehmern organisiert. Beteiligt waren Firmen aus den Branchen Agrar, Automobil, Chemie, Elektronik und Elektrotechnik, Luftfahrt, Maschinen- und Anlagenbau, Medizintechnik, Pharma,

Telekommunikation, Textil, Transport und Logistik sowie einige Unternehmen aus unterschiedlichen Dienstleistungssparten. Am Wirtschaftsforum nahmen über 450 chinesische und deutsche Unternehmens- und Regierungsvertreter teil.

Christoph Seemann
c.seemann@bdi.eu

Deutsch-Angolanisches Wirtschaftsforum in Berlin

Angola konnte aufgrund seines Ölreichtums in den letzten 5 Jahren eine durchschnittliche Wachstumsrate von 17,5 % verzeichnen. Umfangreiche Investitionen der Regierung in die Modernisierung und den Ausbau der maroden Infrastruktur bieten ausländischen Unternehmen gute Geschäftsmöglichkeiten. Zwar wird das wirtschaftliche Wachstum des Landes durch die gefallenen Ölpreise und die aktuelle Krise der Weltwirtschaft in diesem Jahr nur noch im einstelligen Prozentbereich liegen, dennoch sind weitere Investitionen, etwa in den Ausbau der Transportinfrastruktur, geplant.

Das große Interesse deutscher Unternehmen an Angola zeigte sich am 27. Februar 2009 beim 2. Deutsch-Angolanischen Wirtschaftsforum in Berlin. Das Wirtschaftsforum, das unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie stand und vom BDI mit veranstaltet wurde, verzeichnete über 300 Teilnehmer.

Energie & Bergbau, Infrastruktur und Investitionsbedingungen in Angola waren die zentralen Themen, über die sich die Teilnehmer in den sektorbezogenen Panels informieren konnten. So berichtete der Minister für öffentliches Bauwesen der Republik Angola, S.E. Francisco Higinio Lopes Carneiro, über das Vorhaben der angolanischen Regierung, die Transportinfrastruktur des Landes deutlich zu verbessern. Bis 2012 sollen u. a. 9000 km Straßen gebaut und 7 Flughäfen saniert bzw. ausgebaut werden. Im Gespräch ist auch der Neubau eines Hafens nördlich der Hauptstadt Luanda. Darüber hinaus werden in den nächsten 4 Jahren eine Million Wohnungen im Rahmen eines staatlichen Wohnungsbauprogramms errichtet. Gefragt seien hierfür besonders Unternehmen, die die Ausstattung der Wohnungen gewährleisten können.

Als Gäste wurden Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und der angolische Staatspräsident José Eduardo dos Santos im Haus der Deutschen Wirtschaft begrüßt.

Minister zu Guttenberg benannte in seiner Rede Afrika als einen Schwerpunkt seiner außenwirtschaftspolitischen Interessen. Er forderte deutsche Unternehmen zu mehr Engagement auf dem Kontinent auf, da neben der Armutsbekämpfung die



Angolas Präsident dos Santos, Wirtschaftsminister zu Guttenberg, BDI-Hauptgeschäftsführer Schnappauf und BDI-Referentin für Afrika, Fr. Berg (v.l.n.r.); Foto: DIHK

wirtschaftliche Entwicklung der Länder höchste Priorität habe. Speziell Angola sei ein wichtiger Stabilitätsfaktor für das gesamte südliche Afrika.

Präsident dos Santos nannte die Diversifizierung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die qualitative Verbesserung des Bildungs- und des Gesundheitswesens als oberste Ziele seiner Regierung.

Der Wille zu einer engeren Kooperation Deutschlands und Angolas wurde durch die Unterzeichnung einer »Gemeinsamen Erklärung zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit« durch die Wirtschaftsminister beider Länder unterstrichen.

Cornelia Berg
c.berg@bdi.eu

EU-Konferenz zu Dual-use Exportkontrollen

Am 19. Februar informierten Vertreter der EU-Kommission in Brüssel über den aktuellen Sachstand zur Änderung der Dual-use Verordnung. Bei Dual-use Gütern handelt es sich um sog. Güter mit doppeltem Verwendungszweck, also Güter die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können und damit einer Genehmigungspflicht unterliegen können.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf aus 2006, der u. a. Genehmigungspflichten für Vermittlungsgeschäfte (»Brokering«), Maßnahmen zur Kontrolle der Durchfuhr von Dual-use-Gütern und ein verstärkter Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten vorschlug, sind bisher keine wesentlichen Fortschritte erkennbar. Entsprechend enttäuscht zeigten sich die anwesenden Wirtschaftsvertreter.

Der BDI äußerte sich im Rahmen der Konferenz zu den Vorschlägen zur Schaffung von EU-Allgemeingenehmigungen. Allgemeingenehmigungen sind eine Sonderform von Ausfuhrgenehmigungen. Sie werden von Amts wegen bekannt gegeben und haben zur Folge, dass alle Ausfuhren der darin gelisteten Dual-use Güter an einen definierten Drittländerkreis automatisch genehmigt sind.

Aus Sicht der deutschen Industrie ist es durchaus nachvollziehbar, dass Mitgliedsstaaten, die keine bzw. wenig Erfahrung mit dem Instrument der Allgemeingenehmigungen gesammelt haben, im Rahmen der Einführung von EU-Allgemeingenehmigungen auf einen sehr begrenzten Güter- und Länderkreis, z. T. in Verbindung mit zusätzlichen Anforderungen an Exporteure, drängen. Der BDI stellte aber klar, dass dies nicht zu Lasten derjenigen Mitgliedsstaaten gehen darf, deren Wirtschaftsbeteiligte den verantwortungsvollen Umgang mit dem Instrumentarium unter Beweis gestellt haben.

Deutschland hat mit den nationalen Allgemeingenehmigungen sehr gute Erfahrungen gesammelt. Der Ansatz ist wesentlicher Garant, dass unkritische Ausfuhren nicht unnötig verzögert werden und gleichzeitig sichergestellt wird, dass sich die Exportkontrollen auf wirklich sensitive Güter konzentrieren. Damit dienen Allgemeingenehmigungen sowohl der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit als auch der Sicherheit. Der BDI fordert, dass deutsche Exporteure mit der Einführung von EU-Allgemeingenehmigungen keine Verschlechterung des Status Quo erfahren und besteht deshalb zwingend auf Öffnungsklauseln, die nationale Erweiterungen der in den EU-Allgemeingenehmigungen erfassten Sachverhalte zulassen.

Nils Hubert
n.hubert@bdi.eu

Exportkontrolltag 2009

Am 26. und 27. Februar fand in Münster der Exportkontrolltag 2009 statt. Die diesjährige Veranstaltung wurde mit einem Politikforum unter Teilnahme von BDI-Vizepräsident Jürgen R. Thumann, Generalbundesanwältin Prof. Dr. Monika Harms und Ministerialdirektor Dr. Brauner, BMWi, eröffnet.

In seiner Rede vor über 200 Teilnehmern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und Unternehmen bemängelte Jürgen R. Thumann die zunehmend fehlende Balance zwischen Kontrollumfang und Außenhandelsfreiheit. Er betonte, dass Exportkontrollen für die deutsche Industrie nicht nur

rechtliche Verpflichtung seien, sondern im ureigenstem Interesse der Unternehmen liegen. Wirksame Exportkontrollen steigerten die Reputation der Wirtschaft. Die Wirtschaft sei grundsätzlich überzeugt von Sinn und Zweck der Exportkontrollen und wolle ihren Teil der Verantwortung tragen. Von diesem Verständnis rücke man auch nicht in wirtschaftlich schlechten Zeiten ab. Kritik übte er an den in den letzten Jahren verfolgten Ansätzen, Kontrollen für alle denkbaren Vorfeldaktivitäten, Umgehungen sowie von Finanztransaktionen in das System der Exportkontrolle einzuführen. Diese Ansätze stießen mittlerweile an ihre Grenzen und würden mehr Probleme aufwerfen als sie lösten. Die Qualität der Exportkontrollen werde in erster Linie dadurch bestimmt, dass Unternehmen verständliche Vorschriften und transparente Verfahren an die Hand bekommen. Die deutsche Industrie sehe hier ein enormes Defizit. Thumann forderte den Aufbruch in eine vertrauensvollere und intensivere Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft. Exportkontrolle müsse, sowohl von Seiten des Staates als auch der Wirtschaft, wieder stärker als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden.

Nils Hubert
n.hubert@bdi.eu

Vergaberechtsreform: Bundesrat stimmt Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts zu

Der Bundesrat hat dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts am 13.02.2009 zugestimmt und damit einen Schlussstrich unter einen Großteil der bereits im Jahr 2004 begonnenen Reform gezogen.

Insgesamt muss jedoch auch nach der Entscheidung des Bundesrates konstatiert werden, dass das Gesetz das von der Bundesregierung selbst vorgegebene Ziel nicht erreicht hat, das Vergaberecht zu vereinfachen, transparenter und mittelstandfreundlicher zu gestalten.

Denn in der Praxis werden Vergabeverfahren durch einige Regelungen sogar erheblich erschwert. Dazu zählen die verpflichtende losweise Aufteilung von Aufträgen, die auch PPP (Public Private Partnership) -Projekte betrifft, und die Berücksichtigung sozialer, umweltbezogener und innovativer Aspekte bei der Auftragsausführung. Hinzu kommt, dass hiermit der Beschleunigungsgedanke der vergaberechtlichen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II konterkariert wird. Die Beschneidung der erfolgreichen Mitwirkung der anbietenden Wirtschaft in den Verdingungsausschüssen, ein verminderter Primärrechtsschutz für Verfahren oberhalb der EU-Schwellenwerte sowie der Verzicht auf die Einführung eines effektiven Rechtsschutzes unterhalb der EU-Schwellen-

werte sind weitere Negativbeispiele aus dem Gesetz. Dem BDI ist es jedoch - nicht zuletzt durch ein von ihm beauftragtes Gutachten - gelungen, eine pauschale Freistellung von interkommunalen Zusammenarbeiten vom Vergaberecht zu verhindern. Diese war von den Kommunen massiv gefordert worden. Kommunen müssen nun Leistungen nach wie vor – sofern sie diese nicht selbst erbringen wollen – in den Wettbewerb stellen. Dieser ordnungspolitische Erfolg ist aufgrund der Tendenz der Kommunen zur Rekommunalisierung für immer mehr Branchen von großer Bedeutung.

Das Thema »Freistellung der Interkommunalen Zusammenarbeit vom Vergaberecht« wird den BDI aber weiter beschäftigen. Denn der Bundesrat hat ferner die Entschließung gefasst, die Bundesregierung zu bitten, sich bei der EU-Kommission für eine Klarstellung mit Blick auf die interstaatliche Kooperation im EU-Vergaberecht einzusetzen und auf nationaler Ebene im Rahmen der nächsten Novellierung des Vergabekartellrechts entsprechend »nachzubessern«.

Anja Mundt
a.mundt@bdi.eu

Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz

Steuerhinterziehung muss – ohne Frage – bekämpft werden. Das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz wählt hierfür jedoch einen falschen Ansatz. Dessen ursprünglicher, im Januar dem Wirtschaftsministerium vorgelegte Entwurf, wurde von diesem abgelehnt. Anscheinend arbeitet das Bundesfinanzministerium aber weiter daran. Der Gesetzentwurf nimmt grenzüberschreitend tätige Wirtschaftsteilnehmer ohne Rücksicht auf ihre steuerliche Redlichkeit in Haftung, um mittelbar Druck auf andere Staaten auszuüben. Richtig wäre es, mit den betreffenden Staaten über eine Verbesserung des Auskunftsaustauschs zu verhandeln. Das am 2. März 2009 mit der Isle of Man abgeschlossene Auskunftsabkommen zeigt, dass dieser Weg gangbar ist.

Zudem weist das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz inhaltliche Mängel auf. Die Ermächtigung »zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken« Verordnungen erlassen zu dürfen, ist unbestimmt. Mit dem Verweis auf die sogenannte große Auskunfts-klausel des OECD-Musterabkommens wird ein extrem hoher Maßstab festgelegt, dem bislang nur sieben der 90 deutschen Doppelbesteuerungsabkommen genügen.

Roland Franke
r.franke@bdi.eu

BDI fordert Nachbesserung der Erbschaftsteuerreform

Im Rahmen der Erbschaftsteuerreform wurden für die steuerliche Begünstigung der Unternehmen strenge Voraussetzungen eingeführt. Der BDI hat sich nun dafür eingesetzt, dass diese entschärft und praktikable Lösungen gefunden werden, damit das Ziel der Reform, die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, auch erreicht werden kann. Im Dialog mit zahlreichen Unternehmensvertretern hat der BDI Anwendungsprobleme in der Praxis diskutiert und Lösungsvorschläge erörtert. Die Ergebnisse wurden mit Blick auf die laufenden Beratungen in drei Bund-/Länder-Arbeitsgruppen zur Erbschaftsteuer dem Bundes- und den Landesfinanzministerien sowie den Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt. Damit unterstützt der BDI als einziges Haus die kurzfristig einberufenen Bund-/Länder-Arbeitsgruppen mit Hinweisen aus der Praxis. Als Beispiele sind die Einbeziehung von Unterbeteiligungen in das Abschmelzmodell, die Handhabung des Abschmelzmodells in Konzernstrukturen und die restriktive Auslegung des Katalogs des schädlichen Verwaltungsvermögens zu nennen.

Eine Nachbesserung der Erbschaftsteuerreform ist unverzichtbar. Die Hürden für die Unternehmen müssen beseitigt werden.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:
www.bdi.eu/de/fachabteilungen/Erbschaftsteuerreform_11014.htm

Dr. Monika Wünnemann
m.wuennemann@bdi.eu

Klimaschutz in der Rezession

Vielfach wird die Frage gestellt, ob wir uns den Klimaschutz angesichts von Rezession und steigender Verschuldung noch leisten können und ob angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die politische und wirtschaftliche Kraft ausreicht, um die internationale Klimapolitik mit der Verve voranzutreiben, die für den Erfolg der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen nötig ist. Die deutsche Industrie ist weltweit führend in den Klimatechnologien. Mit der BDI-Initiative ›Wirtschaft für Klimaschutz‹ stellen wir unsere Lösungskompetenz unter Beweis. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Technologien nicht nur für den Klimaschutz weltweit unverzichtbar sind, sondern auch Wege aus der Wirtschaftskrise weisen. In einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Siemens-Vorstandsvorsitzendem Peter Löscher und Frank Mattern von McKinsey & Company wollen wir den folgenden Fragen nachgehen:

- Sind Klimakrise und Wirtschaftskrise Antagonisten? Oder kann die Lösung der einen zugleich auch zur Lösung der anderen Krise beitragen?
- Müssen die Kosten und Potenziale des Klimaschutzes neu bewertet werden?
- Sind die jetzt überall in der Welt aufgelegten nationalen Konjunkturprogramme Anreiz oder Hemmnis für den deutschen Klimatechnologie-Export?

Dazu laden wir Sie herzlich ein!

Einladung

›Klimaschutz in der Rezession –
jetzt nicht mehr oder jetzt erst recht?‹
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
der BDI-Initiative ›Wirtschaft für Klimaschutz‹



Berlin, 24. März 2009
Haus der Deutschen Wirtschaft
13:00 bis 15:00 Uhr

Anmeldung bis 18. März 2009
Fax: 030 2028-2486
E-Mail: m.kreissl@bdi.eu

Link zur Einladung: www.bdi-online.de/download/Endversion_Klima_folder_8.pdf

Sidonie Günther
s.guenther@bdi.eu

Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage

Vom 30. August bis zum 1. September 2009 finden die diesjährigen Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage in Vitória, Bundesstaat Espírito Santo, Brasilien statt. Zum 27. Mal treffen sich mehrere hundert deutsche und brasilianische Unternehmer sowie hochrangige Vertreter aus der Politik, um

sich über die verschiedenen Bereiche und Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu informieren, Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Herausforderungen zu diskutieren. Die Konferenz steht in diesem Jahr unter dem Motto »Deutsch-Brasilianische Zusammenarbeit für Wachstum und Beschäftigung«. Im Mittelpunkt stehen Investitionsprojekte in Brasilien in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umwelttechnologie – insbesondere auch mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft 2014. Das Unternehmertreffen in Vitória steht unter der Leitung von BDI-Präsident Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel und Armando de Queiroz Monteiro Neto, Präsident des brasilianischen Industrieverbandes CNI.



30. August – 1. September 2009
Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage
in Vitória, Brasilien
»Deutsch-Brasilianische Zusammenarbeit
für Wachstum und Beschäftigung«

Hendrik Hartenstein
h.hartenstein@bdi.eu